



Ragnar Leunig

ehemaliger Leiter des Europa-Instituts Bocholt
Gastdozent an der Adam-Mickiewicz-Universität
ORCID: 0000-0002-2819-1393

Deutschland als Wanderungs- und Einwanderungsland seit 1945

Schon im Zweiten Weltkrieg kamen Millionen Menschen nach Deutschland. Sie gelangten zwangsweise in das Deutsche Reich oder in dessen Einzugsbereich als polnische und sowjetische Kriegsgefangene, Häftlinge in Konzentrationslagern und Zwangsarbeiter aus den vom Deutschen Reich besetzten Ländern. Ohne die Arbeit von sechs Millionen Zwangsarbeitern und die 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen 2,4 Millionen an Kälte, Hunger und Misshandlungen starben, in den Rüstungsbetrieben und der Landwirtschaft, hätten die Nationalsozialisten den Krieg 1944 nicht fortführen können.¹

Nach Kriegsende kehrten diese „displaced persons“ in ihre Heimatländer zurück, aber aus politischen Gründen nicht alle Mittel- und Osteuropäer. Sie blieben in Deutschland oder wanderten in die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Australien aus. Laut der Volkszählung vom 16. Juni 1933 lebten im Deutschen Reich 65 362 115 Menschen.² Geschätzt starben 6,3 Millionen Deutsche, darunter 5,2 Millionen Soldaten. Insgesamt verloren in diesem Krieg etwa 55 Millionen Menschen ihr Leben. Polen verlor etwa 6 Millionen Menschen, meist aus der zivilen Bevölkerung, die Sowjetunion mehr als 27 Millionen Soldaten und Zivilisten, darunter 6 Millionen Juden aus diesen Ländern.³

¹ *Die nationalsozialistische Zwangsarbeit – Hintergrundinformationen*, [in:] *Zwangsarbeit 1939–1945, Erinnerungen und Geschichte*, unter <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/zwangsarbeit-2/index.html> [abgerufen am 15.10.2018].

² *Liste der Wohnbevölkerung*, unter https://www.wikizero.com/de/Liste_der_Volksz%C3%A4hlungen_in_Deutschland [abgerufen am 15.10.2018].

³ *Hintergrund: Der Zweite Weltkrieg in Zahlen und Fakten*, Quelle: dpa, unter <https://www.zeit.de/news/2015-05/08/geschichte-hintergrund-der-zweite-weltkrieg-in-zahlen-und-fakten-08065612> [abgerufen am 15.10.2018].

Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung von Deutschen und Umsiedlung von Polen am Ende des Zweiten Weltkrieges

Am Ende des Krieges beschlossen die siegreichen Alliierten, dass Polen wieder als eigener Staat entstehen sollte, bei gleichzeitiger Anerkennung der Annexion der durch die Sowjetunion 1939 okkupierten Gebiete. Um Polen einen Ausgleich für die verlorenen Gebiete im Osten zu geben, kam es zu einer „Westverschiebung“ Polens auf Kosten des besiegten Deutschlands. Aus Schlesien, Pommern, Ostpreußen und danach auch aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien sowie Jugoslawien waren bis 1950 etwa 12 Millionen Deutsche oder Deutschstämmige von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung betroffen. Geschätzt wurden eine halbe Million Opfer von Flucht und Vertreibung. Fast jeder Vierte war in der sowjetischen Besatzungszone und jeder Siebte oder Achte in den alliierten Westzonen Flüchtling oder Vertriebener. Zwölf Millionen Vertriebene gab es 1947 auch bei der Bildung der Staaten Indien und Pakistan.⁴

In den neuen Gebieten Polens um Wrocław/Breslau, Szczecin/Stettin, Olsztyn/Allenstein siedelten zwangsweise etwa 1,8 Millionen Polen aus den an die Sowjetunion verlorenen Gebieten. Aus Zentralpolen wanderten 3,6 Millionen in diese Regionen, wo nach 1970 mehr Menschen leben als 1937 unter deutscher Herrschaft. Einige hunderttausend Deutsche verblieben in Polen, vor allem in Opole/Oppeln, Oberschlesien und Olsztyn/Allenstein als „Autochthone“.

In der sowjetischen Besatzungszone, ab 1949 in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), erhielten einige Flüchtlinge und Vertriebene das Land aus den enteigneten Gütern. Die Pflege ihrer Traditionen und Sprache in Vereinen wurde ihnen nicht gestattet. Im Görlitzer Vertrag erkannte die DDR 1950 die Oder-Neiße-Grenze zu Polen endgültig an.

Weder im Osten noch im Westen wurden die „Flüchtlinge“ begrüßt. Städte und Industrie waren durch die alliierten Bombardierungen zerstört. Die „Einheimischen“ mussten ihre Wohnungen teilweise aufgeben und einen „Lastenausgleich“ an diese Neusiedler für das im Osten verlorene Hab und Gut zahlen. Die Flüchtlinge erhöhten die Arbeitslosigkeit im Westen. Viele von ihnen wanderten wegen der anscheinenden Perspektivlosigkeit aus (1949–1961: 779 200). Die Flüchtlinge wurden aber mit den Einheimischen und dank des amerikanischen „Marshall-Plans“ sowie der US-Investitionen, Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung, das „Wirtschaftswunder“ der Bundesrepublik Deutschland.

Flüchtlinge in Westdeutschland betrieben nicht nur Traditionspflege in Vereinen. Sie waren mit der Partei der „Heimatlosen und Entrechteten“ (BHE) im Deutschen Bundestag und in der Regierung vertreten. Der Glaube an eine Rückkehr verlor sich jedoch immer mehr. Aber erst im deutsch-polnischen Vertrag von 1990

⁴ T. Schieder (Hrsg.), *Handbuch der Europäischen Geschichte*, Bd. 6, Stuttgart 1979, 569ff.; G.D. de Fenffe, *Flucht und Vertreibung*, unter <https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche-geschichte/flucht-und-vertreibung/index/html> [abgerufen 15.10.2018]; *Indien*. Informationen zur politischen Bildung, Heft 332, 2018.

erkannte die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich an. Die Integration der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen wurde in der Bundesrepublik im Gegensatz zu späteren Integrationsbemühungen auch dadurch zu einer Erfolgsgeschichte, dass diese Menschen eine gemeinsame Tradition, Sprache und religiösen Hintergrund mit den Einheimischen besaßen. Viele Menschen sagen noch heute, dass ihre Eltern oder Großeltern aus Schlesien, Pommern oder Ostpreußen stammen. Die heutige Generation und selbst die betroffenen Flüchtlinge unterschätzen die gewaltige Dimension der millionenfachen Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg.⁵

Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Bau der Mauer 1961

In Ostdeutschland herrschten die brutale sowjetische Besatzungsmacht und die Zwangspolitik der Sozialistischen Einheitspartei (SED) der DDR. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nahm den Bauern das Land und auch den Flüchtlingen, die gerade erst Land erhalten hatten. Durch Reparationen wurden Betriebe in Ostdeutschland abgebaut und in der Sowjet-Union wieder errichtet. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes wurde behindert.

Da die Grenzen zwischen Ost- und Westdeutschland und Ost- und Westberlin noch offen waren, gingen bis 1961 2,6 Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland. Ihre Integration bot wegen der prosperierenden Wirtschaft bei gleicher ethnischer Herkunft keine großen Probleme. Das Gleiche galt auch für die vier Millionen Kriegsgefangenen der Alliierten, zuletzt 1955 aus der Sowjetunion, wo über eine Million von ihnen gestorben war.⁶

Anders in der DDR. Die permanente Abwanderung von jungen Menschen, Fachkräften und Akademikern sah die Regierung der DDR als Bedrohung des eigenen Staates. Zwar hatte Walter Ulbricht, der Generalsekretär der SED, noch im Juni 1961 gesagt: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“. Aber am 13. August 1961 wurde mit Zustimmung der Sowjetunion mit dem „antfaschistischen Schutzwall“ die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland geschlossen und die Mauer in Berlin gebaut. Die Ost-Westwanderung in Deutschland endete.⁷

⁵ *Flucht, Vertreibung, Integration*, Begleitbuch zur Ausstellung Haus der Geschichte, Berlin 2006.

⁶ „Der Tagesspiegel“, 25.01.2014; K.J. Bade (Hrsg.), *Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992 (weiter K.J. Bade).

⁷ Walter Ulbricht, Generalsekretär der SED, Rede vom 15.06.1961, unter <http://www.chronik-der-mauer.de/material/178773/internationales-pressekonzern-des-staatsrats-vorsitzenden-der-ddr-walter-ulbricht-in-ost-berlin-15.juni-1961> [abgerufen am 15.10.2018].

„Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen“ (Max Frisch) – Ausländische Arbeitskräfte und Familiennachzug 1955–1990

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg gab es in der Bundesrepublik einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften, besonders im Bereich der Industrie und des Bauwesens, was sich nach dem Bau der Mauer noch verstärkte. Die Bundesregierung schloss daraufhin Anwerbeabkommen, 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, danach mit Portugal (1964), zuletzt 1968 mit Jugoslawien. Während Abkommen mit den nordafrikanischen Ländern Tunesien, Algerien und Marokko wenig Zuwanderung brachten, kamen vor allem Arbeitnehmer aus der Türkei (mehr als 700 000) und Jugoslawien, die meist im Bereich der ungelerten oder angelernten Tätigkeiten arbeiteten.⁸ Italiener oder Spanier gehörten einer andern ethnischen Gruppe und Sprache an. Mit den Türken – sie stellten bis 1973 mehr als drei Viertel der Ausländer – kamen erstmals Menschen (Muslime) einer anderen Religion nach Deutschland.

Die Bundesrepublik Deutschland sah sich nicht als Einwanderungsland. Weder in Politik und Wirtschaft noch Gesellschaft wurde über die sozialen Folgen der Zuwanderung der „Gastarbeiter“ – seit wann arbeiten Gäste – nachgedacht, da man von ihrer Rückkehr in die Heimatländer ausging. Während 1960 1,2% der Bevölkerung in Deutschland Ausländer waren, waren es 1970 schon 4,9%, darunter etwa ein Drittel Türken. Von den geschätzten 14 Millionen Wanderarbeitnehmern kehrten etwa 11 Millionen in ihre Heimatländer zurück.⁹

Die Migranten kamen aus wirtschaftlich schwachen Regionen Südeuropas und entschlossen sich oft nach einer Binnenwanderung zur Weiterwanderung nach Deutschland. Ein Drittel waren Frauen. Sie alle ließen ihre Familien zurück und wollten nach Erwerb finanzieller Mittel in die Heimat zurückkehren. Das änderte sich nach 1973 mit der Energiekrise, der erhöhten Arbeitslosigkeit und dem deutschen „Anwerbestopp“. Zwar sahen sich jetzt viele Migranten zur Rückkehr gezwungen. Aber es kam zu einem verstärkten Familiennachzug, wenn ihre Arbeit den Migranten eine Bleibeperspektive bot. Die Zahl der Ausländer stieg bis 1989 auf 4,9 Millionen, das waren 7,3 % der Bevölkerung. Der Rückkehrwunsch blieb. Aber nachdem 1987 schon fast die Hälfte der Arbeitsmigranten 10 bis 20 Jahre in der Bundesrepublik lebte und die Kinder wenig Verbindung zum Heimatland hatten, verstärkte sich die Tendenz zum Bleiben.¹⁰

Die Bundesrepublik Deutschland wurde immer mehr zum Einwanderungsland, ohne dass die deutsche Politik und Gesellschaft ihr Land als Einwanderungsland sahen. Die rechtliche Stellung der Migranten verfestigte sich. Damit gewann die Frage der Integration zunehmend an Bedeutung. Behörden, Schulen und Wohnungsmarkt waren gefordert. Die Migrantenfamilien siedelten sich aus finanziellen, aber auch aus Gründen des Zusammenhalts und der Pflege der eigenen

⁸ K.J. Bade, S. 395.

⁹ *Ibid.*, S. 394.

¹⁰ *Ibid.*, 396ff.

Kultur in mietgünstigen Stadtteilen an. Dies konnte die Entwicklung zu „Parallelgesellschaften“ fördern, wurde aber von deutscher Seite nicht genügend beachtet, äußerte sich höchstens in der wachsenden ablehnenden Haltung vor allem gegenüber Türken.

Auch in Ostdeutschland gab es ausländische Arbeitnehmer aus befreundeten Ländern wie Angola, Mozambique, Kuba und Vietnam. Sie lebten nach der Arbeit völlig getrennt von den Deutschen. Die bis nach 1990 und dem Ende der DDR stationierten 370 000 Sowjetsoldaten waren kaserniert und besaßen nur minimalen Kontakt zu Deutschen. Sowjetische Offiziere und Honoratioren der DDR trafen sich gelegentlich in der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“, was aber nicht zu engerer Verbindung führte. Anders die amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hatten viel Kontakt mit Deutschen und Kenntnis von Deutschland. Seit dem Abzug der meisten US-Soldaten nach 1990 ging die Vertrautheit mit der deutschen Situation in den USA verloren, was sich bis heute in einer Entfremdung der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland auswirkt.

Die Bundesrepublik Deutschland war Einwanderungsland für Menschen anderer Nationalität, Ethnie, Sprache, Kultur und Religion geworden. Bewusstseinsmäßig sträubten sich die Westdeutschen – wie auch ihre Politik – dagegen ein Einwanderungsland zu sein. Aber die tägliche Praxis des Zusammenarbeitens und Zusammenlebens schuf einen gewissen Gewöhnungs- und Lerneffekt, der sich teilweise positiv auf die kommenden Herausforderungen auswirkte.

Wanderung und Einwanderung nach Deutschland um und nach 1990 – die deutsche Einheit

Seit dem Mauerbau 1961 kamen bis Ende 1988 nur 61 605 Menschen meist durch lebensgefährliche Flucht über die Grenze der DDR nach Westdeutschland. In den letzten Jahren der DDR gab es legale Ausreisen. Neben älteren Menschen mussten die „Übersiedler“ nach Antragstellung zur Ausreise privat und beruflich starke Einschränkungen in der DDR erleben. 1989 kamen viele über die jetzt offene ungarische Grenze oder als „Botschaftsflüchtlinge“ aus Prag. Nach der Öffnung der Mauer am 9.11.1989 und der deutschen Einheit 1990 gingen von den ursprünglich 16,7 Millionen Ostdeutschen 1,36 Millionen (8% der Bevölkerung) nach Westdeutschland, bis 2017 etwa zwei Millionen.¹¹ Ursprünglich waren es mehr Männer, die nach dem Westen gingen, später viele junge, gut ausgebildete Frauen. Nach 2015 gleicht sich die Wanderungsbilanz für Ostdeutschland wieder aus, da verstärkt Menschen, die länger in Westdeutschland gelebt haben, wieder in ihre ostdeutsche Heimat zurückziehen. Durch die höhere Arbeitslosigkeit, die Verödung einiger Regionen und das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in einigen Gegenden (80 junge Frauen im Alter von 18–29 Jahren auf hundert junge Männer) ergeben sich immer größere soziale und politische Folgen.

¹¹ P. Gans, *Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft*, Darmstadt 2011, 213ff. (weiter P. Gans).

Aussiedler auf dem Weg nach Deutschland – seit 1993 Spätaussiedler Juden aus der früheren Sowjetunion

1959 nach dem Ende von Flucht und Vertreibung kamen Deutsche durch Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland, aber auch in die DDR. Nach dem Ende des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa zogen 4,6 Millionen Aussiedler nach Deutschland, darunter fast 60% aus Polen (1988 140 226; 1989 250 340; 1990 133 872) aber auch aus dem rumänischen Siebenbürger, aus Sachsen und Banater Schwaben. Von 1991, dem Ende der Sowjetunion, vor allem 1,3 Millionen Menschen aus diesen Gebieten.

Die Aussiedler erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft und eine sofortige Arbeitserlaubnis. Die Deutschstämmigen aus Polen, dort „Autochthone“ genannt, hatten trotz früherer politischer Einschränkungen recht gute Deutschkenntnisse und vermochten sich schnell in die deutsche Arbeitswelt einzufügen. Sie behielten neben dem deutschen oft den polnischen Pass und konnten sich mit in Deutschland verdienten Geld beispielsweise in Schlesien eine Existenz aufbauen.

Die Deutschstämmigen aus der Sowjetunion wurden unter Josef Stalin während des Zweiten Weltkrieges als „Unzuverlässige“ meist in Kasachstan angesiedelt. Wegen ihrer geringen Deutschkenntnisse oft als „Russen“ bezeichnet, hatten sie größere Schwierigkeiten sich in Arbeit und Gesellschaft in Deutschland einzugliedern. Aussiedler aus Mittel- und Osteuropa kamen zwar aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland. Aber auch die mangelnde Förderung ihrer Kultur, Tradition und Sprache und ihre Diskriminierung in der Sowjetunion als Fremde, brachte sie zur Umsiedlung.¹²

Bis 1989 gab es nach dem Holocaust und der Auswanderung von Überlebenden noch etwa 30 000 Juden in den deutschen jüdischen Gemeinden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden bis Mitte der 1990er Jahre etwa 220 000 Juden als „Kontingentflüchtlinge“ in Deutschland aufgenommen, um ihnen angesichts der deutschen Vergangenheit eine gewisse Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Auf Grund der Verfolgungen und der Benachteiligungen in der Sowjetunion besaßen diese Juden nur einen geringen religiösen Hintergrund. Sie gingen nur teilweise in die deutschen jüdischen Gemeinden. Ihr Einfluss führte aber in den Gemeinden zu Auseinandersetzungen mit den bisher in Deutschland lebenden Juden.¹³

Die Herausforderungen nach 1990

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1949 steht im Artikel 16: „Politische Verfolgte genießen Asylrecht“. Dies gilt für Menschen, die aus

¹² K.J. Bade, S. 402.

¹³ D. Belkin, *Jüdische Kontingentflüchtlinge und Russlanddeutsche*, unter <https://www.bpb.de/Gesellschaft/migration/kurz dossiers/252561/juedische-kontingentfluechtlinge-undrusslanddeutsche?p=all> [abgerufen am 15.10.2018].

ethnischen, politischen oder religiösen Gründen oder wegen ihrer Nationalität verfolgt werden. Außer nach dem „Ungarnaufstand“ 1956 und der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 blieben die Zahlen der Asylbewerber bis zum Ende des Sozialismus 1987–1990 gering. Mit der Demokratisierung stieg die Zahl der Asylbewerber besonders aus Polen stark an. Auf dem Höhepunkt 1992–1993 gelangten neben den Übersiedlern aus Ostdeutschland mit den 440 000 Asylbewerbern – meist aus dem ehemaligen Jugoslawien – und den Spätaussiedlern über eine Million Menschen nach Deutschland.¹⁴

Nach den hohen Zuwanderungszahlen gab es in der Bundesrepublik Deutschland verschärfte politische Diskussionen. Und es fanden auch Anfang der 1990er Jahre Anschläge in Ostdeutschland (Hoyerswerda, Rostock) und Westdeutschland (Mölln, Solingen) statt, bei denen auch Migranten starben. Eine Terrorzelle ermordete zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen.¹⁵ Die Bundesregierung reagierte auf den Anstieg der Asylbewerberzahlen 1993 mit einer Verschärfung des Asylgesetzes. Bis heute ist dabei die Definition „sicheres Drittland“ umstritten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidet, ob es sich um politische Verfolgte handelt. Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ist oft schwierig, da Asylbewerber häufig ihre wahre Identität zu verbergen versuchen, um eine Anerkennung zu erreichen und einige Länder die Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern verweigern.¹⁶

Als Folge des geänderten Asylgesetzes sank die Zahl der Antragsteller in Deutschland von 71 000 (2002) auf 28 000 (2008). Grund dafür war auch das Dubliner Abkommen der Europäischen Union (EU), das festlegt, dass das Einreiseland in ein EU-Mitgliedsland für Flüchtlinge auch das Land des Asylverfahrens ist. Davon profitierte Deutschland, da es kaum Außengrenzen im Süden besitzt, über die Flüchtlinge einreisen konnten.

Im Jahre 2000 weicht Deutschland erstmals vom Abstammungsrecht ab und gewährt danach in Deutschland Geborenen die deutsche Staatsangehörigkeit (endgültige Entscheidung darüber bis zum 23. Lebensjahr) und erkennt damit erstmals an, dass Deutschland Einwanderungsland ist.

2004 treten mit „big bang“ 10 mittel- und osteuropäische Länder in die EU ein. Erst ab 2011 konnten Migranten aus diesen Ländern Arbeit und Zuzug in Deutschland erlangen. Großbritannien erlaubte dies sofort, weshalb viele Polen die Gelegenheit ergriffen auf der Insel zu arbeiten. Beim Ausbau der neuen Hauptstadt Berlin und in Berliner Haushalten arbeiteten viele Polen illegal. 2007 traten Rumänien und Bulgarien, Länder mit hoher Arbeitslosigkeit, in die EU ein und erhielten 2015 zusammen mit Kroatien die Freizügigkeit und die Arbeitserlaubnis in der EU.

¹⁴ P. Gans, S. 142; K.J. Bade 411ff.

¹⁵ V. Hanewinkel, *Fluchtmigration nach Deutschland und Europa: Einige Hintergründe* (weiter V. Hanewinkel), unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/2173697/fluchtmigration-hintergruende?p=all> [abgerufen am 15.19.2018].

¹⁶ „Süddeutsche Zeitung“ (weiter SZ), 5.09.2018.

Der Krieg im Nahen Osten und die Flüchtlingssituation in Deutschland und Europa

Der Krieg im Nahen Osten nach der Ausbreitung der islamistischen Terrororganisation (IS) in Syrien und Irak, geführt von Kurden mit Unterstützung der USA und des syrischen Regimes von Präsident Baschar al-Assad mit russischer Hilfe gegen Rebellengruppen, trieb Millionen Menschen aus diesen Ländern in die Flucht. Meist bleiben sie in Jordanien und der Türkei (über 3,6 Millionen), aber Hunderttausende versuchten nach Europa zu gelangen. 2015 saßen Tausende ohne Perspektive in Ungarn fest. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel entschied, diese Menschen nach Deutschland weiter wandern zu lassen, in der Annahme, dass auch andere Länder diese Menschen aufnehmen würden und im Glauben an die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Die deutsche Regierung geht außerdem von der Gültigkeit des Dubliner Abkommens aus.¹⁷

2015 und 2016 kamen über 1,2 Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak nach Deutschland. Die Balkanländer sperrten die Fluchtrouten durch ihre Länder. Die Türkei behielt nach einem finanziellen Abkommen mit der EU weitere Flüchtlinge. Für Flüchtlinge, meist aus Afrika, blieb nur die oft tödliche Mittelmeerroute nach Europa. Nach diesem riesigen Anstieg der Flüchtlingszahlen gibt es jetzt seit Jahren heftige Diskussionen in Politik und Gesellschaft über den richtigen Kurs und den weiteren Zuzug von Menschen nach Deutschland. Rechte Parteien hatten bisher wenig Zuspruch, weil sie mit dem Tabuthema Holocaust verbunden blieben. Jetzt sammelt die Partei Alternative für Deutschland (AfD) den Protest von rechtsgerichteten und nationalistisch denkenden Bürgern im Protest gegen die Flüchtlingspolitik, was sie in die Länderparlamente und 2017 in den deutschen Bundestag brachte.

Die deutsche Wirtschaft floriert seit Jahren, kennt die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit. Die Auswanderung bleibt gering (1991–2017: 1,365 Millionen). Gleichzeitig ist eine weit verbreitete Unzufriedenheit, besonders in der ostdeutschen Bevölkerung, feststellbar. Hier gibt es eine höhere Arbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsverhältnisse und „gebrochene Biographien“ der Älteren. Ostdeutsche fühlen sich oft gegenüber den Westdeutschen zurückgesetzt und wenden sich stärker einfachen nationalen Lösungen zu. Hier wirkt es sich aus, dass Ostdeutschland direkt vom Nationalsozialismus über den Sozialismus in die deutsche und europäische Einigung ging, die eigene regionale Identität daher nicht genügend ausgebildet ist.

Ostdeutsche haben weniger Erfahrungen mit Migranten als Westdeutsche. Aber rechtsextreme Aktionen gegenüber Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund gibt es in Ost wie West, zuletzt in Halle und Hanau. Nach 2015 hat ein Teil der deutschen Bevölkerung die Flüchtlinge durch aktives Engagement

¹⁷ Siehe: V. Hanewinkel; *Grenzöffnung für Flüchtlinge*, unter [https:// www.de/2016/35/grenzoeffnung-fluechtlinge-september-2015-wochenende-angela-merkel-ungarn-oesterreich/seite-2](https://www.de/2016/35/grenzoeffnung-fluechtlinge-september-2015-wochenende-angela-merkel-ungarn-oesterreich/seite-2) [abgerufen am 15.10.2018].

und Sprachvermittlung unterstützt. Eine teilweise bereits erfolgte aktive Einbindung in den Arbeitsmarkt ist für die Migranten wichtig.¹⁸

Die derzeitige wirtschaftliche Konjunktur und weitere ökonomische Stabilität vorausgesetzt, hat Deutschland bei derzeit einer Million offenen Stellen einen Bedarf an geschulten Arbeitskräften. Auch angesichts der relativ niedrigen Kinderquote (etwa 1,5 Kinder pro Frau) ist eine Einwanderung von 200 000 bis 300 000 Menschen pro Jahr notwendig, um den jetzigen Lebensstandard zu erhalten.¹⁹

Aufgrund der Freizügigkeit in der EU kamen von 2011 bis 2018 über 5 Millionen Menschen nach Deutschland und auf den hiesigen Arbeitsmarkt und über die Blue Card der EU jährlich 20 000 besonders qualifizierte Fachkräfte von Ländern außerhalb der EU.²⁰ Ein deutsches Einwanderungsgesetz soll die Arbeitseinwanderung auch aus solchen Ländern fördern. Derzeit gibt es 10,5 Millionen Ausländer in Deutschland. Davon sind 44% Bürger der EU, 1,5 Millionen Türken (ohne Einbürgerung), 867 000 Polen, knapp 700 000 Syrer, 643 000 Italiener, 623 000 Rumänen. In den westdeutschen Bundesländern sind 8% bis über 13% der Bewohner Ausländer, in den ostdeutschen Bundesländern sind es weniger als 3,5%. Trotzdem ist die Aversion gegenüber Migranten aus den genannten Gründen viel höher.²¹

Mögliche Perspektiven einer zukünftigen deutschen und europäischen Migrationspolitik

Viele der seit den 1960er Jahren Eingewanderten sind wieder in ihre Heimatländer zurückgegangen. Der Familiennachzug der seit 2015 zugewanderten Flüchtlinge ist begrenzt. Nach einem eventuellen Friedensschluss im Nahen Osten wird sicher ein Teil der Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Aber nach den bisherigen Erfahrungen mit Migranten wird auch ein Teil dieser Menschen auf Dauer in Deutschland bleiben. Zu den derzeit über 10 Millionen Ausländern in Deutschland kommen noch die Eingebürgerten, so dass heute etwa jeder vierte oder fünfte in der Bundesrepublik Deutschland Lebende ein Migrant ist oder einen Migrationshintergrund hat.²²

Deutschland hat insgesamt eine bedeutende Integrationsleistung vollbracht. Neben Schweden, Österreich, der Schweiz und Luxemburg ist es vor allem Deutschland, das viele Menschen aufgenommen hat und noch aufnimmt. Deutschland

¹⁸ W. Schmidt, *Die Integration von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten in der Arbeitswelt. Betrieblicher Universalismus unter Druck*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 26.06.2017, unter <http://www.bpb.de/apuz/250665/die-integration-von-fluechtlingen-und-arbeitsmigranten-in-der-arbeitwelt?p=all> [abgerufen am 15.10.2018].

¹⁹ *Geburtenrate bleibt unter EU Durchschnitt!*, Quelle: irb/AFP/dpa, unter <http://www.spiegel.de/gesundheit/schwangerschaft/deutschlands-geburtenziffer-bleibt-unter-eu-durchschnitt-a-1147782.html> [abgerufen am 15.10.2018].

²⁰ *Zuwanderer sorgen für Wachstum. DIW: Fachkräfte aus der EU steigern das BIP*, Quelle: AFP [in:] „Der Tagesspiegel“, 1.11.2018.

²¹ „Bocholter Borkener Volksblatt“, 3.10.2018.

²² SZ, 6.09.2018

ist seit 1945 fast durchgehend Wanderungs- und Einwanderungsland. Andere EU-Länder, besonders die osteuropäischen, sperren sich vor allem gegen muslimische Migranten. Die Versuche der EU mit Sperrung der Mittelmeerroute durch eine Aufstockung der EU-Frontex-Grenzeinheiten eine künftig zu erwartende massenhafte Zuwanderung besonders aus Afrika zu verhindern, wird auf Dauer nicht möglich sein.

Bei der hohen Geburtenrate in den afrikanischen Staaten wird eine europäische Sperrpolitik dauerhaft nicht wirksam sein. Wir brauchen, bei den künftig zu erwartenden niedrigen Geburtenraten in Deutschland und Europa, Menschen, die zu uns kommen. Vor allem muss aber auch Europa entscheidend dazu beitragen, dass sich die afrikanischen Länder wirtschaftlich entwickeln. Die deutsche und europäische Entwicklungspolitik muss noch eine weitaus höhere Bedeutung erhalten als bisher und die wirtschaftliche Ausbeutung der afrikanischen Regionen beenden, um den afrikanischen Menschen Chancen in ihren Heimatländern zu geben. Nur so lässt sich ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Afrika und Europa erreichen. Derzeit sind über 60 Millionen Menschen in der Welt auf der Flucht. Ihre Zahl wird angesichts der bestehenden und der zu erwartenden zukünftigen Konflikte kaum geringer werden.

Wir benötigen Einwanderer und es werden Einwanderer kommen. In den früheren Jahrzehnten waren die Wanderer oder Einwanderer meist Deutsche oder Deutschstämmige. Zukünftig werden es hauptsächlich Menschen anderer Nationalität, ethnischer Herkunft, Sprache, Tradition und Religion sein. Die Einwanderung wird in Zukunft zu einer noch gewaltigeren Herausforderung für Politik und Gesellschaft in Deutschland und Europa.

Bibliographie

- Bade K.J. (Hrsg.), *Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992.
- Belkin D., *Jüdische Kontingentflüchtlinge und Russlanddeutsche*, unter <https://www.bpb.de/Gesellschaft/migration/kurzdossiers/252561/juedische-kontingentfluechtlinge-undrusslanddeutsche?p=all> [abgerufen am 15.10.2018].
- „Bocholter Borkener Volksblatt“, 3.10.2018.
- de Fenffe G. D., *Flucht und Vertreibung*, unter <https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche-geschichte/flucht-und-vertreibung/index/html> [abgerufen am 15.10.2018].
- „Der Tagesspiegel“, 25.01.2014.
- Die nationalsozialistische Zwangsarbeit – Hintergrundinformationen*, [in:] *Zwangsarbeit 1939–1945, Erinnerungen und Geschichte*, unter <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/zwangsarbeit-2/index.html> [abgerufen am 15.10.2018].
- Flucht, Vertreibung, Integration*, Begleitbuch zur Ausstellung Haus der Geschichte, Berlin 2006.
- Gans P., *Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft*, Darmstadt 2011.
- Geburtenrate bleibt unter EU Durchschnitt!*, Quelle: irb/AFP/dpa, unter <http://www.spiegel.de/gesundheit/schwangerschaft/deutschlands-geburtensziffer-bleibt-unter-eu-durchschnitt-a-1147782.html> [abgerufen am 15.10.2018].

- Grenzöffnung für Flüchtlinge*, unter <https://www.de/2016/35/grenzoeffnung-fluechtlinge-september-2015-wochenende-angela-merkel-ungarn-oesterreich/seite-2> [abgerufen am 15.10.2018].
- Hanewinkel V., *Fluchtmigration nach Deutschland und Europa: Einige Hintergründe*, unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/2173697fluchtmigration-hintergruende?p=all> [abgerufen am 15.10.2018].
- Hintergrund: Der Zweite Weltkrieg in Zahlen und Fakten*, Quelle: dpa, unter <https://www.zeit.de/news/2015-05/08/geschichte-hintergrund-der-zweite-weltkrieg-in-zahlen-und-fakten-08065612> [abgerufen am 15.10.2018].
- Indien. Informationen zur politischen Bildung, Heft 332, 2018.
- Liste der Wohnbevölkerung*, unter https://www.wikizero.com/de/Liste_der_Volksz%C3%A4hlungen_in_Deutschland [abgerufen am 15.10.2018].
- Schieder T. (Hrsg.), *Handbuch der Europäischen Geschichte*, Bd. 6, Stuttgart 1979.
- Schmidt W., *Die Integration von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten in der Arbeitswelt. Betrieblicher Universalismus unter Druck*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 26.06.2017, unter <http://www.bpb.de/apuz/250665/die-integration-von-fluechtlingen-und-arbeitsmigranten-in-der-arbeitwelt?p=all> [abgerufen am 15.10.2018].
- „Süddeutsche Zeitung“, 5.09.2018.
- Walter Ulbricht, Generalsekretär der SED, Rede vom 15.06.1961, unter <http://www.chronik-der-mauer.de/material/178773/internationale-pressekonferenz-des-staatsrats-vorsitzenden-der-ddr-walter-ulbricht-in-ost-berlin-15.juni-1961> [abgerufen am 15.10.2018].
- Zuwanderer sorgen für Wachstum. DIW: Fachkräfte aus der EU steigern das BIP*, Quelle: AFP, „Der Tagesspiegel“, 1.11.2018.

Niemcy jako kraj migracji i imigracji po 1945 roku *Streszczenie*

Artykuł dotyczy Niemiec jako państwa migracji i imigracji w ujęciu historycznym (po 1945 roku). Prezentowane są kolejne etapy/fazy migracji, z uwzględnieniem jej przyczyn, oraz przywoływane dane statystyczne obrazujące wielkość przepływów migrantów czy też uchodźców. Autor artykułu stara się również udzielić odpowiedzi na pytanie dotyczące perspektyw niemieckiej i europejskiej polityki migracyjnej.

Słowa kluczowe: Niemcy, migracja, imigracja, migranci, uchodźcy

Germany: a Country of Migration and Immigration since 1945 *Abstract*

The paper looks at Germany as, historically, a migration and immigration state after 1945. The subsequent stages and/or phases of migration have been discussed, taking into account its causes, and the relevant statistical data has been provided to show the volume of flows of migrants and/or refugees. The author has also made an attempt to provide an answer to the question about the prospects of German and European migration policy.

Key words: Germany, migration, immigration, migrants, refugees

Deutschland als Wanderungs- und Einwanderungsland seit 1945

Zusammenfassung

Der Artikel befasst sich – in historischer Hinsicht – mit Deutschland als Wanderungs- und Einwanderungsland (seit 1945). Die nachfolgenden Phasen der Migration werden unter Berücksichtigung ihrer Ursachen und der angegebenen statistischen Daten, die das Volumen der Migranten- oder Flüchtlingsströme veranschaulichen, dargestellt. Der Autor des Textes versucht auch, die Frage nach den Perspektiven der deutschen und europäischen Migrationspolitik zu beantworten.

Schlüsselwörter: Deutschland, Migration, Einwanderung, Migranten, Flüchtlinge

Германия как государство миграции и иммиграции после 1945 года

Резюме

В статье рассмотрена история миграции и иммиграции в Германию после 1945 года. Представлены этапы миграции, указаны ее причины и приведены статистические данные, отображающие размер потоков мигрантов и беженцев. Автор статьи также пытается дать ответ на вопрос о перспективах германской и европейской миграционной политики.

Ключевые слова: Германия, миграция, иммиграция, мигранты, беженцы